

Mandanten-Informationsbrief November 2017

	Fristen und Termine	
	Fälligkeit	Ende der Schonfrist bei Zahlung durch <u>Überweisung</u> (Wert- Stellung beim Finanzamt)
Steuerzahlungstermine im Dezember 2017:		
Lohn- /Kirchenlohnsteuer	11.12.	14.12.
Umsatzsteuer	11.12.	14.12.
Zahlungstermin für Sozialversicherungsbeiträge im Dezember: für den Monat Dezember		
	21.12.	

Gesetzliche Änderungen 2018

Zum 1. Januar 2018 treten weitere steuerliche Neuregelungen in Kraft, die wir hier in einem kurzen Überblick für Sie noch einmal zusammenfassen.

Wertgrenzen für GWG und Sammelposten

Mit dem Gesetz wurden die Wertgrenzen für die Sofortabschreibung von geringwertigen Wirtschaftsgütern und den Sammelposten erhöht.

Die Wertgrenze für die Sofortabschreibung von geringwertigen Wirtschaftsgütern wird von bisher 410 € auf 800 € angehoben.

Die untere Wertgrenze zur Bildung eines Sammelpostens wird von 150 € auf 250 € angehoben.

Die neuen Wertgrenzen sind erstmals bei Wirtschaftsgütern anzuwenden, die nach dem 31.12.2017 angeschafft, hergestellt oder in das Betriebsvermögen eingelegt werden.

Auch die Wertgrenze für die getrennte Aufzeichnungspflicht von GWG wurde von 150 € auf 250 € im Rahmen des Bürokratieentlastungsgesetzes angehoben. Damit können Wirtschaftsgüter bis zu einem Wert von 250 € direkt als Aufwand behandelt werden und müssen nicht mehr auf ein separates GWG bzw. Sammelpostenkonto verbucht werden

Hinweis:

Durch die Anhebung der GWG-Grenze hat der Sammelposten an Bedeutung verloren. In den Sammelposten können zukünftig Wirtschaftsgüter deren Wert größer als 250 € ist, aber 1.000 € nicht übersteigt eingestellt werden. Der Sammelposten ist unabhängig von der tatsächlichen Nutzungsdauer der eingestellten Wirtschaftsgüter erfolgswirksam im Jahr der Bildung und der folgenden 4 Jahre aufzulösen. Entscheidet man sich für den Sammelposten, sind einheitlich alle Wirtschaftsgüter mit einem Wert von mehr als 250 € bis 1.000 € in den Sammelposten einzustellen. Eine GWG-Sofortabschreibung scheidet dann aus. Die Wahl des Sammelpostens macht daher nur noch Sinn, wenn eine Vielzahl von Wirtschaftsgütern im Wert von 800,01 € bis 1000 € angeschafft werden, deren Nutzungsdauer größer als 5 Jahre ist, was eine seltene Ausnahme sein sollte.

Steuerfreiheit von Sanierungsgewinnen

Der BFH hatte im November 2016 geurteilt, dass der Sanierungserlass der Finanzverwaltung gegen den Grundsatz der Gesetzmäßigkeit der Verwaltung verstößt. Auf dieses Urteil reagiert die Bundesregierung nun mit einer gesetzlichen Regelung. Zukünftig werden Sanierungsgewinne von Gesetzes wegen von der Steuer befreit.

Als Sanierungsgewinn bezeichnet man Betriebsvermögensmehrungen, die dadurch entstehen, dass Gläubiger mit dem Ziel, den Schuldner zu sanieren, diesem Verbindlichkeiten erlassen. Nach der neuen gesetzlichen Regelung liegt eine unternehmensbezogene Sanierung vor, wenn der Steuerpflichtige für den Zeitpunkt des Schuldenerlasses die Sanierungsbedürftigkeit und die Sanierungsfähigkeit des Unternehmens, die Sanierungseignung des betrieblich begründeten Schuldenerlasses und die Sanierungsabsicht der Gläubiger nachweist.

Betriebsausgaben, die mit einem steuerfreien Sanierungsertrag im unmittelbarem wirtschaftlichem Zusammenhang stehen, dürfen unabhängig davon, in welchem Veranlagungszeitraum der Sanierungsertrag entsteht, nicht abgezogen werden.

Der Sanierungsertrag mindert zudem die Verlustviträge des Unternehmens und einen Verlustrücktrag aus dem der Sanierung folgenden Veranlagungszeitraum.

Die Regelung ist auf alle Fälle anzuwenden, in denen die Schulden ganz oder teilweise nach dem 8. Februar 2017 (Tag der Veröffentlichung des Beschlusses des Großen Senats des BFH) erlassen wurden. Sie tritt jedoch erst dann in Kraft, wenn die EU-Kommission festgestellt hat, dass es sich bei der Regelung um keine staatliche Beihilfe handelt, die gegen das EU-Recht verstößt.

Hinweis:

Für Steuerfälle, in denen der Schuldenerlass bis zum 8. Februar 2017 ausgesprochen wurde oder in denen bis zu diesem Stichtag eine verbindliche Auskunft erteilt wurde, ist der bisherige Sanierungserlass aus Vertrauensschutzgründen weiterhin anwendbar.

Steuerumgehungsbekämpfungsgesetz

Steuerpflichtige werden nun verpflichtet, Geschäftsbeziehungen zu Personengesellschaften, Körperschaften, Personenvereinigungen oder Vermögensmassen in Drittstaaten, die sie unmittelbar oder mittelbar beherrschen oder bestimmen können, anzuzeigen.

Weiter müssen Finanzinstitute von ihnen hergestellte oder vermittelte Geschäftsbeziehungen zu Drittstaaten-gesellschaften anzeigen. In diesem Zuge wird das steuerliche Bankgeheimnis aufgehoben. Weiter wird der automatisierte Kontenabrufverfahren für Besteuerungszwecke erweitert.

Mit dem Gesetz wurden jedoch auch andere für die Praxis relevante Änderungen verabschiedet:

- Erbschaftsteuerpflicht für Abfindungszahlungen an einen weichenden Erbprätendenten und vergleichbare Abfindungszahlungen.
- Änderung der Gesetzesregelung zur automatisierten Einreihung in Steuerklassen bei Eheschließung (neu: IV / IV statt III / - bzw. III / V), und damit Beibehaltung der im ELStAM-Verfahren seit 2012 geltenden Übergangsregelung als Dauerregelung.
- Einführung eines einseitigen Antrags auf Steuerklassenwechsel von III / V zu IV / IV.
- Zweijährige Gültigkeit des im Faktorverfahren festgelegten Faktors ab dem Veranlagungszeitraum 2019.
- Kindergeldanträge können ab 2018 nur noch für 6 Monate rückwirkend gestellt werden.

Betriebsrentenstärkungsgesetz

Das Gesetz soll die betriebliche Altersvorsorge, auch in kleinen und mittleren Unternehmen, weiter verbreiten. Die Kernpunkte des Gesetzes sind die

- Erhöhung des steuerfreien Höchstbetrages für Beiträge des Arbeitgebers aus dem ersten Dienstverhältnis an einen Pensionsfonds, eine Pensionskasse oder für eine Direktversicherung auf 8 % der Beitragsbemessungsgrenze in der gesetzlichen Rentenversicherung.
- Möglichkeit zur Zahlung von Zusatzleistung bei Ausscheiden aus dem Dienstverhältnis sowie Nachholen steuerfreier Beiträge bei Unterbrechungen.
- Förderung von Geringverdienern durch Anrechnung von arbeitgeberfinanzierten Beiträgen auf die Lohnsteuerzahllast.
- Verpflichtende Weitergabe von eingesparten Sozialversicherungsbeiträgen durch den Arbeitgeber.
- Verbesserung der Riesterförderung durch Erhöhung der Grundzulage von 154 € auf 175 € sowie der Einführung eines Anrechnungsfreibetrages von 202 € auf die Grundsicherung.

Hinweis:

Unsere ausführliche Zusammenfassung zum Betriebsrentenstärkungsgesetz finden Sie in unserer Ausgabe 09/17. Wir beraten Sie hierzu gerne.

Vor 2009 erworbene Fonds werden nun steuerpflichtig!

Zum 1. Januar 2018 tritt das Investmentsteuerreformgesetz in Kraft. Durch die Reform wird die Besteuerung von in- und ausländischen Fonds grundlegend geändert. Die Investmentfonds müssen dann u.a. inländische Beteiligungseinnahmen und Immobilienerträge versteuern. Alle Investmentfonds werden grundsätzlich jährlich versteuert.

Bei den Anlegern, die in Aktien-, Misch- und Immobilienfonds investiert haben, werden die Investmenterträge wegen der Versteuerung auf der Ebene der Investmentfonds teilweise von der Besteuerung freigestellt (Aktienfonds 30 %; Mischfonds 15 %). Auf den Rest ist dann die Abgeltungssteuer in Höhe von 25 % zzgl. Solidaritätszuschlag und ggf. Kirchensteuer zu zahlen. Die Sparer versteuern zukünftig die Ausschüttungen, die Veräußerungsgewinne und die Vorabpauschalen. Die Vorabpauschalen bilden die ausschüttungsgleichen Erträge ab. Die Bank ermittelt dies für den Anleger und führt die Steuer direkt ab.

Altbestände

Als der Gesetzgeber im Jahr 2009 die Abgeltungssteuer einführte, hat er für die damals vorhandenen Fonds einen Bestandsschutz geschaffen. Gewinne aus der Veräußerung von Wertpapieren wurden nach einer Halbtendauer von 1 Jahr steuerfrei gestellt.

Diesen Bestandsschutz hebt der Gesetzgeber mit der Investmentsteuerreform zum 31. Dezember 2017 auf! Für Fondsanteile, die vor dem 1. Januar 2009 erworben wurden, werden die Wertzuwächse, die bis zum 31. Dezember 2017 entstanden sind, allerdings nicht besteuert. Erst Wertzuwächse, die ab 2018 entstehen, werden nach den neuen Regeln versteuert, wobei für diese ein Steuerfreibetrag in Höhe von 100.000 € in Anspruch genommen werden kann. Damit wollte der Gesetzgeber sicherlich Kleinanlegern entgegen kommen und die Gesetzesänderung geräuschlos über die Bühne bringen, was ihm offenbar gelungen ist. Bei größeren Depots können die Wertzuwächse der Altbestände aber durchaus den Freibetrag überschreiten, so dass beim Fondsverkauf dann Abgeltungssteuer fällig wird. Verluste werden gegengerechnet.

Hinweis:

Es empfiehlt sich aus unserer Sicht jedoch nicht, aus diesem Grund Altfonds vor 2018 zu verkaufen und dann neu anzulegen, denn dann würde der Freibetrag von 100.000 € auf die Wertzuwächse der Altbestände ab 2018 verwirkt. Wir beraten Sie gerne.

Achtung: Anhebung der Bodenrichtwerte im Jahr 2018!

Mit Beginn des Jahres 2018 werden die neuen Bodenrichtwerte veröffentlicht. Dies kann Auswirkungen auf die Erbschaft- und Schenkungsteuer bei Immobilien haben. Unbebaute Grundstücke werden nämlich unter Ansatz des aktuellen Bodenrichtwerts vor dem Besteuerungszeitpunkt bewertet. In bebauten Gebieten sind Bodenrichtwerte nach dem Baugesetzbuch mit dem Wert zu ermitteln, der sich ergeben würde, wenn der Boden unbebaut wäre. Die Bodenrichtwerte sind in der Regel jeweils zum Ende jedes zweiten Kalenderjahrs festzulegen. Bestimmte landesrechtliche Regelungen sehen statt der zweijährigen Ermittlung der Bodenrichtwerte einen Ein-Jahreszeitraum vor. Wie in den zurückliegenden Jahren (2016, 2014 etc.) ist damit zu rechnen, dass 2018 erneut erhebliche Steigerungen bei den neuen Bodenrichtwerten zu verzeichnen sind. Das hat insbesondere Bedeutung für die unentgeltliche Übertragung von Immobilien (Schenkung/Erbschaft).

Beispiel:

Grundstückgröße: 600 qm.

Bodenrichtwert 2016: 250 €/qm

Bodenrichtwert 2018: 350 €/qm

Es ergibt sich ein höherer Wert von 60.000 €.

Auch bei den bebauten Grundstücken gehen die Bodenrichtwerte entsprechend in die Bewertung ein.

Hinweis:

In der Regel kann man zwar davon ausgehen, dass bei der Übertragung eines normalen Einfamilienhauses an die Kinder keine Schenkungsteuer entsteht; bei der Übertragung größeren Vermögens und/oder z.B. an die Enkelkinder reichen u.U. die persönlichen Freibeträge nicht aus. Dies gilt insbesondere auch in den Fällen, in denen bereits Vorschenkungen stattgefunden haben. Lassen Sie sich von uns beraten.

Transparenzregister – neue Bürokratie für Unternehmer!

Durch die Umsetzung der vierten EU-Geldwäscherichtlinie im Sommer dieses Jahres müssen Unternehmen ihre maßgeblichen Beteiligungsverhältnisse auch an das sogenannte Transparenzregister melden. Bei dem Transparenzregister handelt es sich um ein Register zur Erfassung und Zugänglichmachung von Angaben über den wirtschaftlich Berechtigten.

Juristische Personen des Privatrechts (z.B. GmbH) und eingetragene Personengesellschaften (oHG, KG (nicht GbR!)) haben die im Geldwäschegesetz aufgeführten Angaben zu den wirtschaftlich Berechtigten dieser Vereinigungen einschließlich des Wohnsitzlandes einzuholen, aufzubewahren, auf aktuellem Stand zu halten und der registerführenden Stelle (der Bundesanzeiger-Verlag GmbH) unverzüglich zur Eintragung in das Transparenzregister mitzuteilen. Es geht dabei um die Personen, die über mehr als 25 % der Kapitalanteile oder Stimmrechte verfügen bzw. diese kontrollieren. Als „Kontrolle“ sind auch Absprachen im Kreis der Anteilseigner, Stimmvereinbarungen oder Treuhandverhältnisse zu verstehen. Die Mitteilungen waren erstmals bis zum 1. Oktober 2017 vorzunehmen. Folgende Angaben sind zu machen:

- Vor- und Nachname,

- Geburtsdatum,
- Wohnort und
- Art und Umfang des wirtschaftlichen Interesses des wirtschaftlich Berechtigten.

Das Geldwäschegesetz beinhaltet jedoch Ausnahmen von der Meldepflicht. So gilt die Mitteilung als erfüllt, wenn sich die Angaben bereits aus bestimmten anderen Dokumenten ergeben, z.B. aus dem Handels-, Partnerschafts-, Genossenschafts-, Vereinsregister, Liste der Gesellschafter von GmbH und Unternehmergesellschaft (haftungsbeschränkt) sowie Gesellschafterverträge, sofern diese als Gesellschafterliste gelten. Wenn sich aus der Beteiligungsangabe in der Gesellschafterliste die Stellung als wirtschaftlich Berechtigter nicht ergibt, muss zusätzlich gemeldet werden. Wurde die Gesellschafterliste bislang nicht elektronisch hinterlegt, so entfällt die Meldepflicht nicht!

Bei den eingetragenen Personenhandelsgesellschaften (oHG, KG) ist davon auszugehen, dass zunächst keine Meldung zu erfolgen hat. Insoweit dürfte es für die Meldefiktion ausreichen, dass der oder die vertretungsberechtigten Gesellschafter im Handelsregister eingetragen sind. Bei zwei oder drei Gesellschaftern besteht bei gesetzlicher Regelung eine über 25 %-Stimmkraft. Wer aber als Gesellschafter über mehr als 25 % der Stimmen aufgrund gesellschaftsvertraglicher Gestaltung verfügt, muss Angaben machen.

Hinweis:

Von der Eintragung unabhängig ist die Pflicht zur Einholung der o.g. Daten. Die Pflichten treffen die Geschäftsführung der jeweiligen Gesellschaft.

Für die Eintragung fallen Gebühren an. Man sollte die Meldepflichten jedoch ernst nehmen, denn ein Verstoß ist mit erheblichen Bußgeldern behaftet. Weitere Informationen: www.transparenzregister.de.

Ausschüttungen wegen Abschaffung der Abgeltungssteuer?

Die Abschaffung der Abgeltungssteuer steht bei einigen politischen Parteien als Vorhaben in ihren Parteiprogrammen. Ob es dazu kommt, bleibt abzuwarten. Die Koalitionsgespräche sind bisher nicht abgeschlossen. Bei Steuerpflichtigen mit einem Einkommensteuersatz von mehr als 42 % sollte jedoch geprüft werden, ob vorhandene größere Gewinnvorträge noch im Geltungsbereich der Abgeltungssteuer ausgeschüttet werden sollen. In diesen Fällen wäre die Gesamtsteuerbelastung bei Abschaffung der Abgeltungssteuer (vermutlich) deutlich höher.

Hinweis:

Benötigt die Gesellschaft die Liquidität, kann diese über das sogenannte Schütt-aus-hol-zurück-Verfahren wieder zur Verfügung gestellt werden.

Permanenter LSt-Jahresausgleich möglich

Mit der Verabschiedung des Gesetzes zur Bekämpfung der Steuerumgehung wurde mit Wirkung ab 2018 der sogenannte permanente Lohnsteuer-Jahresausgleich beschlossen.

Durch den sogenannten permanenten Lohnsteuer-Jahresausgleich kann ein kurzfristig hoher Lohn auf einen längeren Zeitraum umgelegt werden, was im laufenden Jahr zu einem geringeren Lohnsteuerabzug führt.

Der permanente Lohnsteuer-Jahresausgleich gilt bislang nur aufgrund einer jährlich verlängerten Verwaltungsregelung. Ohne diese Regelung würde ein Verdienst aus einer befristeten Tätigkeit, der nach Steuerklasse VI zu versteuern ist, auf das gesamte Jahr hochgerechnet. Die Lohnsteuer würde entsprechend einbehalten.

Beispielhaft wird die Regelung für eine Servicekraft erläutert, die sich für ein Wein- oder Volksfest bei ihrer regulären Beschäftigung Urlaub nimmt und mit ihrer Nebentätigkeit innerhalb eines Monats 5.000 € verdient:

- Ohne den permanenten Lohnsteuer-Jahresausgleich würde die Lohnsteuer so bemessen, als würde die Servicekraft jeden Monat 5.000 € und damit 60.000 € im Jahr verdienen. Es würden zunächst 1.542 € Steuern einbehalten. Ein Ausgleich könnte erst nachträglich mit der Steuererklärung erfolgen.
- Mit dem permanenten Lohnsteuer-Jahresausgleich kann der einmalig erzielte hohe Lohn auf mehrere Monate umgelegt werden. Mit 685 € würden deutlich weniger Steuern einbehalten. Der Weg, bis zum Folgejahr zu warten und über die Steuererklärung die darüber hinaus gezahlten Steuern zurückfordern zu müssen, entfiel.

Die Anwendung des permanenten Lohnsteuer-Jahresausgleichs ist jedoch auf Steuerpflichtige beschränkt,

- deren Beschäftigungsverhältnis nicht längerfristig besteht,
- die neben der Neben- einer Hauptbeschäftigung nachgehen,
- deren zeitlich befristete Tätigkeit maximal 24 aufeinander folgende Arbeitstage dauert und
- deren Einkommen aus der Nebentätigkeit nach Steuerklasse VI besteuert wird.

Hinweis:

Für die Anwendung des permanenten Lohnsteuer-Jahresausgleichs ist ein Antrag beim Betriebsstättenfinanzamt erforderlich.

Keine Übertragung einer § 6b-Rücklage auf EU-Betriebsstätte

Ein Steuerpflichtiger betrieb einen land- und forstwirtschaftlichen Betrieb in Deutschland. Zu diesem Betrieb gehörte eine 6b-Rücklage aus der Veräußerung eines Grundstücks im Wirtschaftsjahr 2005/2006 i.H.v. 173.400 €. Im Jahr 2010 beteiligte er sich als Kommanditist zu 50 % an einer ungarischen KG. Diese erwarb im gleichen Jahr ein landwirtschaftliches Grundstück für 1.800 €. Im Wirtschaftsjahr 2009/2010 übertrug der Landwirt 900 € aus der - noch mit 160.400 € in der Bilanz ausgewiesenen - Rücklage auf das Grundstück in Ungarn. 158.400 € zog er von den Anschaffungskosten begünstigter Wirtschaftsgüter in seinem Betrieb in Deutschland ab. Den restlichen Betrag der Rücklage in Höhe von 1.100 € löste er gewinnerhöhend auf.

Das Finanzamt ließ die Rücklagenübertragung auf das Grundstück in Ungarn nicht zu und löste sie in Höhe von 900 € erfolgswirksam auf. Es war der Auffassung, die Voraussetzungen für die Übertragung seien nicht erfüllt, da das Grundstück in Ungarn nicht zu einer inländischen Betriebsstätte des Landwirts gehöre.

Das Finanzgericht gab der Klage zwar statt, nun hob aber der BFH dieses Urteil auf und bestätigte die Vorgehensweise des Finanzamtes. Das Grundstück in Ungarn, das ihm bei Anwendung der Regelung grundsätzlich entsprechend seiner Beteiligungsquote anteilig zuzurechnen gewesen sei, diene dem Betrieb der ungarischen KG und sei damit keiner inländischen Betriebsstätte des Steuerpflichtigen zuzuordnen. Eine Übertragung käme damit nicht in Betracht. Der EuGH habe zwar entschieden, dass diese Regelung (Zugehörigkeit des begünstigten Wirtschaftsgutes zu einer inländischen Betriebsstätte als Voraussetzung für die Übertragung) gegen die Niederlassungsfreiheit verstoße. In der Konsequenz habe er jedoch lediglich eine Stundungsmöglichkeit der festgesetzten Steuer gefordert, die 2015 ins Gesetz aufgenommen worden sei. Insofern habe der Steuerpflichtige keinen Anspruch darauf, die 6b-Rücklage gewinnmindernd von den Anschaffungskosten des ihm anteilig zuzurechnenden Grundstücks in Ungarn abzuziehen. Damit sei der Betrag von 900 € mit Auslaufen der Reinvestitionsfrist gewinnwirksam aufzulösen.

Höhe des Veräußerungsgewinns bei privatem Versprechen

Ein Steuerpflichtiger schloss mit seiner Ehefrau in 2002 eine „Vereinbarung über die Zuteilung von virtuellen Aktien (Zahlungsanspruch)“, in der er sich unwiderruflich verpflichtete, bei einem vollständigen oder teilweisen Verkauf seiner Aktien an der A-AG, seiner Frau 90 % des Verkaufspreises zu zahlen. Nach dieser Vereinbarung hatte die Ehefrau keinen Anspruch auf Übertragung der Aktien. Sämtliche Rechte und Pflichten im Zusammenhang mit den Aktien standen dem Ehemann zu. Im Oktober 2007 verkaufte die Ehefrau ihren Zahlungsanspruch an die S-AG. Der Kaufpreis war innerhalb von drei Monaten zur Zahlung fällig. Der Ehemann stimmte der Abtretung zu. Im Januar 2008 veräußerte er seine Aktien an der A-AG. Im Februar 2008 überwies er den vereinbarten Teil des Veräußerungserlöses an die S-AG, die am selben Tag den Kaufpreis für die Abtretung des Zahlungsanspruchs an die Ehefrau überwies. In seiner Einkommensteuererklärung erklärte er einen Gewinn aus der Veräußerung der Aktien an der A-AG. Bei der Ermittlung des Veräußerungsgewinns zog er neben den Anschaffungskosten und Vermittlungsprovisionen auch den an die S-AG gezahlten Betrag ab. Das Finanzamt folgte dem nicht und ließ die Zahlung an die S-AG unberücksichtigt.

Nach der Klage scheiterte auch die Revision vor dem BFH. Der Veräußerungsgewinn aus der Veräußerung der Aktien sei der Betrag, um den der Veräußerungspreis nach Abzug der Veräußerungskosten die Anschaffungskosten übersteige. Zum Veräußerungspreis gehöre alles, was der Veräußerer aus dem Veräußerungsgeschäft als Gegenleistung erhalte. Veräußerungskosten seien die durch die Veräußerung wirtschaftlich veranlassten Aufwendungen.

Dem folgend habe das Finanzgericht den Veräußerungsgewinn zutreffend ermittelt. In der Vereinbarung mit seiner Frau habe der Steuerpflichtige nicht über einen Substanzbestandteil der Einkommensquelle verfügt. Schließlich habe ihm allein bis zur Veräußerung die Dispositionsbefugnis über die Aktien an der A-AG zugestanden. Zwar könnten durchaus Teile des Geschäftsanteils abgespalten werden, allerdings sei Gegenstand der Vereinbarungen nur der aus dem Eigentum an den Aktien abgeleitete Anspruch auf den Veräußerungserlös. Der Steuerpflichtige habe vorab über einen zukünftigen Zahlungsanspruch verfügt. Darin liege keine steuerlich beachtliche Substanzabspaltung aus dem Eigentumsrecht, sondern eine bloße Verwendung über einen zukünftig zu erwartenden Veräußerungsgewinn.

Badrenovierung im Home-Office als Werbungskosten

Ein Steuerpflichtiger, der als Vertriebsleiter bei einer KG angestellt war, vermietete eine Wohnung seines Zweifamilienhauses umsatzsteuerpflichtig als Home-Office an die KG. Die Räume wurden auch als solche von ihm genutzt. In der Einkommensteuererklärung machte er einen Verlust aus Vermietung und Verpachtung geltend, der zum Großteil aus der Renovierung des im Home-Office befindlichen Badezimmers resultierte.

Das Finanzamt erkannte die Kosten für die Renovierung nicht an und ordnete sie dem Bereich der privaten Lebensführung zu. In seiner Einspruchsentscheidung führte es aus, dass die Anmietung eines kompletten Badezimmers nicht im Interesse des Arbeitgebers gelegen habe und daher auch die Kosten für die Renovierung nicht anzuerkennen seien. Der Mietvertrag enthalte keinerlei Hinweise darauf, inwieweit das Badezimmer Gegenstand der Vermietung sei. Darüber hinaus sei – trotz der aufwändigen Renovierungsarbeiten – keine Erhöhung der Miete erfolgt. Dies deute ebenfalls darauf hin, dass die Renovierung des Badezimmers nicht im Interesse des Arbeitgebers erfolgte. Der Steuerpflichtige führte dagegen aus, dass Voraussetzung für die Anmietung der Räumlichkeiten durch den Arbeitgeber gewesen sei, dass diese den repräsentativen Anforderungen des Unternehmens entsprächen und - aufgrund des Publikumsverkehrs - sanitäre Anlagen vorhanden

seien.

Das Finanzgericht Köln entschied den Fall nun wie folgt: Die Kosten sind nur insoweit anzuerkennen, als sie auf die Toilette, Waschbecken, Seifenspender etc. entfallen. Insbesondere die Kosten für Badewanne und Dusche seien nicht zu berücksichtigen. Darüber hinaus entschieden die Richter, dass für den Betrieb der Toilette nebst Waschbecken etc. ein Drittel der Gesamtfläche des Badezimmers benötigt werde. Die Renovierungskosten, welche also nicht direkt einzelnen Sanitäreinrichtungen innerhalb des Badezimmers zugeordnet werden könnten, seien nur zu einem Drittel zu berücksichtigen. Das Finanzgericht folgte der Ansicht des Finanzamts, wonach die Anmietung eines kompletten Badezimmers nicht im Interesse des Arbeitgebers liegt. Für die Abwicklung des Kundenverkehrs seien lediglich das Vorhandensein von Toilette und Waschbecken nebst Zubehör notwendig. Gemäß den Ausführungen des Arbeitgebers sei Voraussetzung gewesen, dass die Räumlichkeiten dem Standard der Niederlassungen entsprächen. Auch die Büros des Arbeitgebers verfügten jedoch über keine vollständig ausgestatteten Badezimmer. Das bereits vorgetragene Argument des Finanzamts hinsichtlich der nicht erfolgten Mieterhöhung sah das Gericht ebenfalls als Indiz für eine aus privatem Interesse erfolgte Renovierung an.

Unterbringung der Mutter im Pflegeheim als außergewöhnliche Belastung

Steuerpflichtige beehrten die Berücksichtigung von Aufwendungen für die Unterbringung der Mutter in einem Altenpflegeheim als außergewöhnliche Belastung. Sie machten in ihrer Einkommensteuererklärung neben eigenen Krankheitskosten Zahlungen wegen der Pflegebedürftigkeit der Mutter als außergewöhnliche Belastung geltend. Das Finanzamt zog von den Zahlungen hinsichtlich der Pflegebedürftigkeit eine Haushaltsersparnis in Höhe von 8.004 € ab. Damit blieben die Steuerpflichtigen unterhalb der sogenannten zumutbaren Eigenbelastung und die Kosten wirkten sich bei der Einkommensteuer nicht aus. Hiergegen legten die Steuerpflichtigen Einspruch ein und beehrten die Anerkennung ohne den Abzug einer Haushaltsersparnis. Das Finanzamt lehnte dies in seiner Einspruchsentscheidung ab.

Das Finanzgericht Köln gab nun den Steuerpflichtigen Recht. Die Richter führten aus, dass die Kosten für die krankheitsbedingte Unterbringung der Mutter als außergewöhnliche Belastungen im Sinne des Gesetzes anzusehen seien. Ein Wahlrecht und damit eine Aufteilung in Unterbringungs- und Pflegekosten sehe das Gesetz nicht vor. Aufgrund der eigenen Einkünfte der Mutter, welche sowohl über den Regelsätzen für die Grundversicherung nach dem Sozialgesetzbuch als auch über dem von der Verwaltung als Haushaltsersparnis anzusetzenden Wert von 8.004 € lägen, komme der Ansatz einer Haushaltsersparnis nicht in Betracht. Die Kosten seien daher in voller Höhe als außergewöhnliche Belastung anzuerkennen.

Kindergeld bis zum Abschluss des angestrebten Berufsziels

Das Finanzgericht Rheinland-Pfalz hat entschieden, dass der Anspruch auf Kindergeld nicht schon dann endet, wenn das Kind (vor Erreichen des 25. Lebensjahres) einen ersten berufsqualifizierenden Abschluss erreicht hat, sondern erst dann, wenn das von Beginn an angestrebte Berufsziel einer mehraktigen Ausbildung erreicht ist.

Eine Steuerpflichtige war Mutter einer in 1991 geborenen Tochter, die im Juli 2015 die Abschlussprüfung im Ausbildungsberuf „Immobilienkauffrau“ bestand und ab Oktober 2015 an dem Lehrgang „geprüfter Immobilienfachwirtin“ der Industrie- und Handelskammer (IHK) teilnahm. Voraussetzung für die Teilnahme an der Prüfung zur „geprüften Immobilienfachwirtin“ war das Bestehen der Abschlussprüfung im Ausbildungsberuf „Immobilienkauffrau“ sowie eine mindestens einjährige Berufspraxis nach abgeschlossener Lehre. Deshalb war die Tochter der Steuerpflichtigen ab Juli 2015 parallel zu ihrer Ausbildung bei der IHK in einem entsprechenden Ausbildungsbetrieb in Koblenz angestellt. Die Familienkasse lehnte den Antrag der Mutter auf Kindergeld für die Zeit ab August 2015 mit der Begründung ab, dass die Tochter bereits im Juli 2015 ihre erste Berufsausbildung abgeschlossen und sodann eine Erwerbstätigkeit aufgenommen habe. Deshalb könne die Ausbildung bei der IHK nicht berücksichtigt werden.

Die dagegen gerichtete Klage hatte Erfolg. Das Finanzgericht vertrat die Auffassung, dass die Erstausbildung der Tochter erst mit dem Abschluss der Prüfung zur „geprüften Immobilienfachwirtin“ ende, so dass bis zur Vollendung des 25. Lebensjahres (= Dezember 2016) Kindergeld zu gewähren sei. Eine erstmalige Berufsausbildung sei nicht bereits mit dem ersten (objektiv) berufsqualifizierenden Abschluss in einem öffentlich-rechtlich geordneten Ausbildungsgang beendet. Denn es gebe Ausbildungsgänge, bei denen der erste Berufsabschluss lediglich integrativer Bestandteil eines einheitlichen Ausbildungsgangs sei. Solche mehraktigen Ausbildungsmaßnahmen seien allerdings nur dann als Teil einer einheitlichen Erstausbildung zu qualifizieren, wenn sie zeitlich und inhaltlich so aufeinander abgestimmt seien, dass die Ausbildung nach Erreichen des ersten Abschlusses fortgesetzt werden solle und das von den Eltern und dem Kind bestimmte Berufsziel erst über den weiterführenden Abschluss erreicht werden könne. Liege noch keine abgeschlossene erstmalige Berufsausbildung vor, komme es auf eine Erwerbstätigkeit des Kindes nicht an.

Im vorliegenden Fall sei die Erstausbildung der Tochter somit nicht schon mit dem erfolgreichen Abschluss im Ausbildungsberuf „Immobilienkauffrau“ beendet worden, sondern erst mit dem weiter qualifizierenden Abschluss „geprüfte Immobilienfachwirtin“. Denn dieses Berufsziel habe sie von Beginn an angestrebt, aber erst über den weiterführenden Abschluss „Immobilienkauffrau“ erreichen können und unmittelbar nach dem Ende des ersten Ausbildungsabschnittes im Juli 2015 ohne Unterbrechung ab August 2015 fortgesetzt. Da ihre Erstausbildung nicht im Juli 2015 geendet habe, sei ihre Erwerbstätigkeit ab August 2015 unschädlich.

Hinweis:

Zahlreiche Ausbildungswege gestalten sich heutzutage als „mehraktige Ausbildungsmaßnahmen“, die stets die Frage aufwerfen, ob mit dem Erreichen des ersten berufsqualifizierenden Abschlusses das Ausbildungsziel bereits erreicht ist. Denn für den Weiterbezug von Kindergeld sind nach Abschluss einer Erstausbildung nur bestimmte Formen der Erwerbstätigkeit unschädlich (maximal 20 Stunden wöchentlich, Ausbildungsdienstverhältnisse oder nur geringfügige Beschäftigung). Zu der Thematik liegen bereits einige positive Entscheidungen des BFH vor, z.B. zum sog. dualen Studium, zum Masterstudium nach vorangegangenen Bachelorstudiengang, zum Besuch der Fachoberschule für Technik nach Ausbildung zum Elektroniker, zum Betriebswirt (VWA) als fachliche Ergänzung oder Vertiefung einer kaufmännischen Ausbildung im Gesundheitswesen.

Vermietung von Stellplätzen an Kfz-Händler

Nach dem Umsatzsteuergesetz ist die Vermietung und Verpachtung von Grundstücken steuerfrei. Dagegen ist die Vermietung von Plätzen für das Abstellen von Fahrzeugen nicht steuerfrei. Der BFH hat in einem jetzt veröffentlichten Urteil zur umsatzsteuerrechtlichen Behandlung der Vermietung von Plätzen für das Abstellen von zum Verkauf bestimmten Fahrzeugen entschieden.

Eine GmbH & Co. KG war Eigentümerin eines Grundstücks. Die teils asphaltierten Flächen des Grundstücks waren in ca. 25 Parzellen (Einheiten) aufgeteilt und zum Teil durch Hecken und Zäune abgetrennt. Die GmbH & Co. KG vermietete diese Einheiten u.a. an verschiedene Gebrauchtwagenhändler, die auf den von ihnen jeweils angemieteten Flächen die zum Verkauf angebotenen Fahrzeuge abstellten, welche regelmäßig nicht zum Straßenverkehr zugelassen waren. Ein Teil der Gebrauchtwagenhändler hatte außerdem Unterstände, Wohnwagen oder (Büro-)Container aufgestellt, die sie für ihre Verkaufstätigkeit nutzten. Die GmbH & Co. KG ging von der Steuerfreiheit ihrer Umsätze aus - nicht so das Finanzamt. Es setzte Umsatzsteuer fest. Die dagegen erhobene Klage blieb zwar in erster Instanz erfolglos.

Der BFH hob das Urteil des Finanzgerichtes nun allerdings auf und wies die Sache ans Finanzgericht zurück. Die Vermietungsleistungen der GmbH & Co. KG seien jedenfalls insoweit nicht von der Steuerbefreiung ausgeschlossen, als es sich um eine Nebenleistung zur steuerfreien Grundstücksüberlassung handele. Die Rückausnahme sei richtlinienkonform einschränkend dahingehend auszulegen, dass die Vermietung von Stellplätzen zum Verkauf von Fahrzeugen jedenfalls dann nicht von der Steuerbefreiung ausgenommen sei, wenn sie mit der steuerfreien Vermietung von für einen anderen Gebrauch bestimmten Grundstücksflächen eng verbunden sei.

Im vorliegenden Fall sei die Vermietung der Stellplätze der Fahrzeuge mit der steuerfreien Vermietung der Grundstücksflächen für das Errichten von Verkaufseinrichtungen - Unterstände, Wohnwagen oder (Büro-)Container - mithin für gewerbliche Zwecke eng verbunden. Denn die Plätze für das Abstellen der betreffenden Fahrzeuge und die für den anderen Gebrauch (gewerbliche Zwecke) bestimmte Grundstücksfläche seien jeweils Teil ein und derselben Einheit. Beide seien von ein und demselben Vermieter (GmbH & Co. KG) an ein und denselben Mieter (jeweiliger Gebrauchtwagenhändler) und darüber hinaus einheitlich in ein und demselben Mietvertrag vermietet worden. Mithin handele es sich jeweils um einen einheitlichen wirtschaftlichen Vorgang, der von der Steuerbefreiung nicht ausgenommen sei.

Hinweis:

Im zweiten Rechtsgang wird das Finanzgericht u.a. prüfen müssen, ob in allen Fällen der in Rede stehenden Vermietungen an Gebrauchtwagenhändler auch Flächen zur Errichtung von Verkaufseinrichtungen vermietet wurden. Außerdem wird es Feststellungen dazu treffen müssen, ob - soweit in den betreffenden Mietverträgen Steuer offen ausgewiesen ist - auf die Steuerbefreiung verzichtet wurde.

Abfindung für den Verzicht auf künftigen Pflichtteilsanspruch

In Abweichung der bisherigen Rechtsprechung hat der BFH entschieden, dass sich die Besteuerung der Abfindung, die ein künftiger gesetzlicher Erbe an einen anderen Erben für den Verzicht auf einen künftigen Pflichtteilsanspruch zahlt, sich nach der zwischen den Erben maßgeblichen Steuerklasse richtet.

Für den Fall, dass er durch letztwillige Verfügung von der Erbfolge seiner Mutter ausgeschlossen sein sollte, verzichtete im Jahr 2006 ein Steuerpflichtiger durch Erbschaftsvertrag gegenüber seinen drei Brüdern auf die Geltendmachung seines Pflichtteilsanspruchs und hatte dafür von diesen eine Abfindung von jeweils 150.000 € erhalten. Nachdem der BFH in einem ersten Verfahren bereits entschieden hatte, dass die Zahlung der Abfindungen an den Steuerpflichtigen nicht als Schenkung der Mutter an diesen, sondern als drei freigebige Zuwendungen der Brüder an den Steuerpflichtigen zu besteuern sind, erließ das Finanzamt drei getrennte Schenkungsteuerbescheide gegen ihn. Dabei rechnete es der Abfindung von 150.000 € jeweils den vollen Wert der im Jahr 2002 erfolgten Schenkungen der Mutter hinzu. Hinsichtlich des Freibetrags und des Steuersatzes ging das Finanzamt von der im Verhältnis des Steuerpflichtigen zu seiner Mutter geltenden Steuerklasse I aus. Von der so ermittelten Steuer zog es die anzurechnenden Steuern für die Vorschenkungen ab und setzte eine Schenkungssteuer von 28.400 € fest. Das Finanzgericht setzte die Schenkungssteuer auf 10.810 € herab. Die Vorerwerbe rechnete es nicht hinzu und berücksichtigte entsprechend dem Antrag des Steuerpflichtigen lediglich den geringeren für „Übrige Personen der Steuerklasse I“ geltenden Freibetrag. Der BFH hob die Entscheidung auf. Das Finanzgericht habe zutreffend angenommen, dass Vorerwerbe des Verzichtenden vom künftigen Erblasser nur berücksichtigt werden können, wenn ein Erwerb vom Erblasser zu besteuern ist - also bei einem nach dessen Tod mit den anderen gesetzlichen Erben vereinbarten Pflichtteilsverzicht gegen Abfindung. Im Streitfall handele es sich aber um eine Zuwendung zwischen Geschwistern.

Entgegen der Auffassung des Finanzgerichtes sei aber nicht die Steuerklasse I für Kinder, sondern die im Verhältnis des Steuerpflichtigen zu seinen Brüdern geltende Steuerklasse II maßgebend. Dementsprechend setzte der BFH die Steuer unter Berücksichtigung des geringeren Freibetrages und der Steuerklasse II auf 23.650 € fest.

Hinweis:

Die Steuerklasse bei Verzicht auf Pflichtteils(ergänzungs)ansprüche gegenüber einem anderen gesetzlichen Erben nach Eintritt des Erbfalls richtet sich nach der Steuerklasse, die im Verhältnis zum Erblasser gilt. Bislang sollten nach einem BFH-Urteil aus 1977 Pflichtteilsverzichte vor Eintritt des Erbfalls nicht anders behandelt werden als nach Eintritt des Erbfalls.

Der BFH kehrt mit dieser Entscheidung zu einer Rechtsauffassung zurück, die er bis zu seinem Urteil vom 25.05.1977 auch schon früher vertrat. D.h., dass es künftig bei Pflichtteilsverzichteten zwischen Geschwistern gegen Abfindung, die noch zu Lebzeiten des Erblassers vereinbart werden, im Regelfall wegen der dann anzuwendenden Steuerklasse II zu einer höheren Steuerbelastung kommt als bei einer Vereinbarung nach dem Eintritt des Erbfalls, die zu einer Anwendung der Steuerklasse I führt.

Einkommensteuerermäßigung bei Zahlung von Erbschaftsteuer

Ein Steuerpflichtiger und sein Vater gründeten in 2008 eine GmbH, an der der Steuerpflichtige zu 49 % beteiligt war, der Vater zu 51 %. Im Rahmen der Gründung brachte der Vater sein Einzelunternehmen in die GmbH ein. Schenkungsteuer fiel aufgrund des persönlichen Freibetrags nicht an. In 2009 verstarb der Vater und der Steuerpflichtige erhielt auch den restlichen Geschäftsanteil des Vaters. Zwei Jahre später veräußerte der Sohn seine Geschäftsanteile und erzielte daraus einen Veräußerungsgewinn. Das Finanzamt gewährte antragsgemäß die Steuerermäßigung bei einer Belastung mit Erbschaftsteuer - allerdings zunächst unter dem Vorbehalt der Nachprüfung. Später kürzte es dann doch die gewährte Steuerermäßigung. Nach erfolglosem Einspruch legte der Steuerpflichtige Klage ein.

Das Finanzgericht wies die Klage aber ab. Die tarifliche Einkommensteuer ermäßige sich um einen bestimmten Prozentsatz, wenn bei der Ermittlung des Einkommens Einkünfte berücksichtigt würden, die im Veranlagungszeitraum oder in den vorangegangenen vier Veranlagungszeiträumen der Erbschaftsteuer unterlegen haben. Das Tatbestandsmerkmal „Einkünfte“ sei unzutreffend formuliert. Der Erbschaftsteuer würden keine Einkünfte, sondern die Bereicherung des Erwerbers unterliegen.

Hier liege zwar ein solcher Fall der vom Gesetzgeber nicht gewollten Doppelbelastung mit Einkommen- und Erbschaftsteuer vor. Die Steuerermäßigung sei jedoch nur insoweit zu berücksichtigen, als der Steuerpflichtige der Erbschaftsteuer unterlegene Vermögensteile als Erwerb von Todes wegen erhalten habe (hier: 51 % der Anteile). Schenkungen oder Übertragungen im Wege der vorweggenommenen Erbfolge (hier: 49 % der Anteile) seien nicht begünstigt.

Der Grund für die Beschränkung der Regelung auf die Erbschaftsteuer sei gerechtfertigt, weil bei Schenkungen wesentlich größere Gestaltungsspielräume bestünden. Während die Belastung mit Erbschaftsteuer auf Grund des Erwerbs von Todes wegen zwangsläufig sei, folge die Schenkungsteuer willentlichen Gestaltungen (Zuwendungen unter Lebenden) und sei dem Grunde nach nicht zwangsläufig, sondern vermeidbar.

Sozialversicherungspflicht im Ehrenamt

Ehrenämter sind in der gesetzlichen Sozialversicherung grundsätzlich auch dann beitragsfrei, wenn hierfür eine angemessene pauschale Aufwandsentschädigung gewährt wird und neben Repräsentationspflichten auch Verwaltungsaufgaben wahrgenommen werden, die unmittelbar mit dem Ehrenamt verbunden sind. Das hat der 12. Senat des Bundessozialgerichts in einem aktuellen Urteil entschieden.

Geklagt hatte eine Kreishandwerkerschaft. Für die laufenden Geschäfte unterhielt sie eine eigene Geschäftsstelle mit Angestellten und beschäftigt einen hauptamtlichen Geschäftsführer. Ihr stand ein Kreishandwerksmeister vor, der diese Aufgabe neben seiner Tätigkeit als selbstständiger Elektromeister ehrenamtlich wahrnahm. Im Nachgang zu einer Betriebsprüfung nahm die Deutsche Rentenversicherung Bund (DRV Bund) an, dass der Kreishandwerksmeister geringfügig beschäftigt sei und forderte pauschale Arbeitgeberbeiträge zur gesetzlichen Rentenversicherung in Höhe von rund 2.600 € nach.

Das Bundessozialgericht (BSG) hat der Kreishandwerkerschaft in letzter Instanz Recht gegeben. Ehrenämter zeichneten sich durch die Verfolgung eines ideellen, gemeinnützigen Zweckes aus und unterschieden sich damit grundlegend von beitragspflichtigen, erwerbsorientierten Beschäftigungsverhältnissen. Die Gewährung von Aufwandsentschädigungen ändere daran nichts, selbst wenn sie pauschal und nicht auf Heller und Pfennig genau entsprechend dem tatsächlichen Aufwand erfolge. Auch die Wahrnehmung von Verwaltungsaufgaben sei unschädlich, soweit sie unmittelbar mit dem Ehrenamt verbunden seien, wie zum Beispiel die Einberufung und Leitung von Gremiensitzungen.

Hinweis:

Mit dieser Entscheidung hat das BSG einen vorläufigen Schlusspunkt unter die uneinheitliche Rechtsprechung zur sozialversicherungsrechtlichen Einstufung pauschaler Aufwandsentschädigungen für ehrenamtlich Tätige gezogen. Diese ist seit der Neuregelung der geringfügigen Beschäftigungsverhältnisse ein regelmäßiger Streitpunkt in Betriebsprüfungen der Deutschen Rentenversicherung Bund (DRV Bund).

Das BSG hat klar deutlich gemacht, dass zur Stärkung des Ehrenamts eine gesetzliche Klarstellung wünschenswert sei.

Gassi-Service als haushaltsnahe Dienstleistung

Einer vollberufstätigen Steuerpflichtigen entstanden Aufwendungen für die Betreuung ihrer Hunde durch einen „Gassi-Service“. Dieser holte die Tiere nachmittags in der Wohnung ab und führte sie ca. ein bis zwei Stunden auf nahe liegenden Wegen aus. Für die entstandenen Aufwendungen im Zusammenhang mit dem Hundegassi-Service beantragte die Steuerpflichtige die Steuerermäßigung bei Aufwendungen für haushaltsnahe Dienstleistungen.

Das Finanzamt lehnte die Anerkennung der Kosten ab, da das Gassi gehen nicht in unmittelbarem räumlichen Zusammenhang zum Haushalt durchgeführt worden sei. Etwas anderes folge auch nicht aus dem neuen BMF-Schreiben zu der entsprechenden Vorschrift, wonach für die Unterscheidung in begünstigte und nicht begünstigte Maßnahmen das alleinige Abgrenzungsmerkmal "innerhalb und außerhalb" des Haushalts maßgebend sei. Da der räumliche Bereich des Haushalts regelmäßig durch die Grundstücksgrenzen abgesteckt sei, handele es sich beim Ausführen der Hunde außerhalb der Grundstücksgrenzen um eine Dienstleistung, die außerhalb des Haushalts erbracht werde und damit nicht begünstigt sei.

Der Fall ging vor das Hessische Finanzgericht, das der Steuerpflichtigen Recht gab. Die Gewährung der Steuerermäßigung scheitere nicht daran, dass die konkrete Dienstleistung nicht "im" Haushalt der Steuerpflichtigen ausgeübt wurde. Der Begriff "im Haushalt" sei räumlich-funktional auszulegen. Deshalb würden die Grenzen des Haushalts im Sinne dieser Vorschrift nicht ausnahmslos durch die Grundstücksgrenzen abgesteckt. Es müsse sich dabei allerdings um Tätigkeiten handeln, die ansonsten üblicherweise von Familienmitgliedern erbracht und in unmittelbarem räumlichen Zusammenhang zum Haushalt durchgeführt und dem Haushalt dienen würden. Beim Gassi gehen handele es sich um eine Leistung mit einem unmittelbar räumlichen Bezug zum Haushalt, die dem Haushalt (dem haushaltszugehörigen Tier) diene.

Hinweis:

Die Entscheidung ist schlüssig und zu begrüßen. Ein anderslautendes Urteil des Finanzgericht Münster wurde im Revisionsverfahren vom BFH aufgehoben. Der Auffassung hat sich auch die Finanzverwaltung angeschlossen und bei der beispielhaften Aufzählung begünstigter haushaltsnaher Dienstleistungen im BMF-Schreiben vom 9. November 2016 Kosten von Tierbetreuung oder -pflege aufführt, wenn die Kosten der Maßnahmen innerhalb des Haushalts anfallen, wie zum Beispiel Fellpflege, Ausführen, Reinigungsarbeiten, in Abgrenzung zu Maßnahmen, die außerhalb des Haushalts, zum Beispiel in einer Tierpension stattfinden. Umso erstaunlicher, dass das Verfahren dennoch zum BFH geht.

Handwerkerleistungen

Das Finanzgericht Nürnberg hatte darüber zu entscheiden, ob die tarifliche Einkommensteuer auch um solche Aufwendungen zu ermäßigen ist, die auf in der Betriebsstätte des Handwerkers erbrachte Werkleistungen zur Herstellung einer Haustür entfallen.

Ein Ehepaar ließ in 2015 die Haustür ihres privaten Wohnhauses ersetzen. Hierfür wurden vom beauftragten Schreinereibetrieb insgesamt 4.700 € in Rechnung gestellt. Ein Betrag von 1.435 € entfiel dabei auf die Materialkosten, ein Betrag von insgesamt 3.252 € auf den Werklohn für Herstellung und Montage der Haustür. In ihrer Einkommensteuererklärung machten die Eheleute im Wege der Schätzung einen Betrag von 1.184 € als auf die Montage der Haustür entfallende Werklohnkosten als begünstigte Handwerkerleistungen geltend. Die erkannte das Finanzamt nicht an und versagte den Abzug.

Der Auffassung folgte das Finanzgericht und wies die Klage ab. Die tarifliche Einkommensteuer ermäßige sich für die Inanspruchnahme von Handwerkerleistungen für Renovierungs-, Erhaltungs- und Modernisierungsmaßnahmen auf Antrag um 20 % der Aufwendungen, höchstens jedoch um 1.200 €, wenn die Handwerkerleistungen in einem inländischen Haushalt des Steuerpflichtigen erbracht werden. "In" einem Haushalt werde eine Leistung erbracht, wenn sie im räumlichen Bereich des vorhandenen Haushalts geleistet wird. Zwar sei nach der BFH-Rechtsprechung der Begriff „im Haushalt“ räumlich-funktional auszulegen. Jedoch reiche nicht jedwede Verknüpfung der Handwerkerleistung mit dem Haushalt aus.

Im vorliegenden Fall seien die Handwerkerleistungen (Herstellung der Haustür) nicht im Haushalt der Eheleute, sondern in der 22 km entfernt liegenden Werkstatt des Handwerksbetriebs erbracht worden. Die Planungs- und Montagearbeiten seien zwar mit den Herstellungsleistungen verknüpft gewesen, ein unmittelbar räumlicher Zusammenhang könne aber nur bei einer engen räumlichen Nähe zwischen Leistungsort und Haushalt angenommen werden. Die Montageleistung (Einbau der neuen Haustür) vor Ort stelle zwar eine begünstigte Handwerkerleistung dar. Allerdings wurden auf der Rechnung des Schreiners die auf die Montage der Haustür entfallenden Arbeitskosten nicht gesondert ausgewiesen. Eine Schätzung komme mangels Vorlage geeigneter Beweise nicht in Betracht.

Hinweis:

Das Finanzgericht hat nochmals deutlich gemacht, dass der Steuerpflichtige die Feststellungslast für die Abzugsfähigkeit steuerbegünstigter Aufwendungen für Handwerkerleistungen trägt.

Darüber hinaus fehlte auch der Nachweis, dass die Zahlung der Rechnung auf das Konto des Erbringers der Leistung erfolgt war. Allein der auf der Rechnung handschriftlich angebrachte Vermerk, "bez. 5.11.15", reiche hierzu als Nachweis nicht aus, da er auch eine "Barzahlung" mitbeinhalte.

Zuwendungen an kommunale Wählervereinigungen

Der BFH hat entschieden, dass Spenden an kommunale Wählervereinigungen nicht als Sonderausgaben in Form von Spenden an politische Parteien (in voller Höhe bis zu einem Höchstbetrag von 1.650 € bzw. 3.300 €) geltend gemacht werden können. Steuerpflichtigen stehe lediglich der Abzug von Spenden an unabhängige Wählervereinigungen zu (in Höhe von 50 % bis zu einem Höchstbetrag von 825 € bzw. 1.650 €).

Ein Steuerpflichtiger wandte einer kommunalen Wählervereinigung Beträge zu, die die Höchstbeträge für den Spendenabzug an politische Parteien und an unabhängige Wählervereinigungen überstiegen. Der nicht begünstigte Teilbetrag sollte als Sonderausgabe berücksichtigt werden. Das Finanzamt lehnte den Spendenabzug ab, da die kommunale Wählervereinigung keine Partei i.S. des Parteiengesetzes (PartG) sei.

Nach Ansicht des BFH ist die fehlende Begünstigung von Spenden und Beiträgen an kommunale Wählervereinigungen verfassungsrechtlich unbedenklich und verletzt deren Chancengleichheit auf kommunaler Ebene nicht. Dies entspreche der Rechtsprechung des Bundesverfassungsgerichts (BVerfG), welches wiederholt zu dieser Frage entschieden habe. Die geltenden Höchstbeträge stimmten inflationsbedingt im Wesentlichen mit den vom BVerfG überprüften Beträgen überein. Auch habe sich das rechtliche Umfeld auf kommunaler Ebene nicht wesentlich verändert. Schließlich sei zu berücksichtigen, dass der Gesetzgeber bei der sog. mittelbaren Parteienfinanzierung die besonderen Aufgaben der Parteien auf regionaler wie überregionaler Ebene zu beachten habe.